

An den Grossen Gemeinderat

## Winterthur

Nachtrag zum Voranschlag 2003 " Novemberbrief "

---

### **A N T R A G:**

I. Die Nachträge zum Voranschlag gemäss beiliegenden Zusammenstellungen werden genehmigt und in den Voranschlag 2003 integriert.

II. Die Globalkredite für folgende WOV-Piloten werden neu festgesetzt:

- Informatikdienste	Fr.	343'700	(statt Fr. 518'700)
- Winterthurer Bibliotheken	Fr.	6'433'700	(statt Fr. 6'616'000)
- Theater am Stadtgarten	Fr.	3'315'100	(statt Fr. 3'396'400)
- Strasseninspektorat	Fr.	10'331'800	(statt Fr. 10'481'800)
- Vermessungsamt	Fr.	921'700	(statt Fr. 1'021'700)
- Materialverwaltung	Fr.	211'100	(statt Fr. 212'800)
- Sportamt	Fr.	11'588'500	(statt Fr. 11'601'700)
- Wohn- und Pflegezentrum Oberi	Fr.	4'205'200	(statt Fr. 4'226'800)

III. Auf die Erhöhung der Lohnstufen und auf die Festlegung einer Quote für die Erhöhung von Leistungsanteilen gemäss § 47 Personalstatut wird gestützt auf § 46 Abs. 2 Personalstatut verzichtet. Die Löhne werden gestützt auf § 55 Abs. 1 Personalstatut um 0,6 Prozent der Teuerung angepasst; damit gilt die Teuerung bis zum Stand von 102.4 Punkten des Zürcher Indexes als ausgeglichen.

### **W E I S U N G:**

Am 25. September verabschiedete der Stadtrat zu Handen des Grossen Gemeinderates den Voranschlag 2003, welcher ein Defizit von annähernd 10 Millionen Franken aufwies. In der Weisung hielt der Stadtrat fest, dass dieses Ergebnis unbefriedigend sei und dass er mit dem Novemberbrief eine Bereinigung vornehmen werde. In der Zwischenzeit hat der Stadtrat zusätzliche Sparmöglichkeiten gesucht und geprüft und auch beim Kanton weitere Abklärungen vorgenommen. Nach intensiven Bemühungen und der Anordnung von teils schmerzlichen Abstrichen hat er nun das angestrebte Ziel erreicht: Dem Grossen Gemeinderat wird mit dem vorliegenden Novemberbrief ein ausgeglichenes Budget 2003 unterbreitet.

### **Schwieriger Budgetierungsprozess**

Die Erstellung des Voranschlags 2003 war ein schwieriger Prozess. Der erste Entwurf des Voranschlages im Juni 2002 wies einen massiven Aufwandüberschuss von 27,8 Millionen Franken aus. In dieser Situation hat der Stadtrat die Verwaltung angewiesen, ihre Budgeteinkgaben zu überarbeiten und insbesondere die Sachaufwendungen substantiell zu reduzieren.

Das wirtschaftliche Umfeld verdüsterte sich im Sommer und Herbst kontinuierlich. Die Hiobsbotschaften häuften sich, die Finanzmärkte brachen immer mehr ein und die Zahl der Stellensuchenden stieg in Winterthur auf 4,4 Prozent. Entsprechende Hochrechnungen weisen zudem darauf hin, dass bereits in der Rechnung 2002 ein massiver Einbruch bei den Steuereinnahmen von voraussichtlich rund 30 Millionen Franken zu erwarten ist. Das hätte zur Folge, dass voraussichtlich bereits Ende 2002 das noch vorhandene Eigenkapital aufgebraucht sein wird und sogar ein Bilanzfehlbetrag entstehen wird. Eine wirtschaftliche Erholung ist noch nicht in Sicht.

Im Zuge der ersten Sparrunde wurden erhebliche Einsparungen vorgenommen. Ausserdem konvertierte die Stadt 150 Millionen Franken an Schulden gegenüber der Pensionskasse, die günstig am Markt aufgenommen werden konnten, und zahlte diese an die Pensionskasse zurück. Mit der Pensionskasse wurde zudem vereinbart, die restliche Schuld leicht geringer mit 4,5 Prozent (statt 4,75 %) zu verzinsen. Diese Massnahmen brachten Einsparungen bei der Verzinsung von insgesamt 2,7 Millionen Franken.

Trotz dieser Einsparungen und in Erwartung eines Steuerfussausgleichs von 48 Millionen Franken ergab auch der zweite Budgetentwurf immer noch einen Aufwandüberschuss von gegen 10 Millionen Franken. Dem Stadtrat war es nicht möglich, in der kurzen Zeit weitere Einsparungsmöglichkeiten seriös zu prüfen. Deshalb entschloss er sich, den Voranschlag 2003 dem Parlament mit dem besagten Aufwandüberschuss von knapp 10 Millionen Franken vorzulegen.

Gleichzeitig hat der Stadtrat beschlossen, dieser Situation mit folgenden Massnahmen entgegenzutreten:

- Beschränkung der Ausgaben im laufenden Jahr 2002
- Vorlage eines rigoros gekürzten Voranschlages im Novemberbrief für 2003
- Erarbeitung einer Projektorganisation für strukturelle Sparmassnahmen.

Die Verhandlungen mit dem Kanton Zürich ergaben, dass die Erwartungen der Stadt nicht erfüllt wurden und der Finanzausgleich auf 43 Millionen Franken reduziert werden musste.

Mit dem Ziel, ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten, unternahm der Stadtrat in der Phase des Novemberbriefs rigorose Sparanstrengungen:

- Als schmerzlichste Massnahmen mussten die vorgesehenen Verbesserungen bei der Entlohnung des Personals vollständig gestrichen werden.
- Die Stellenplanveränderungen wurden von ursprünglich 60 auf 38,7 neue Stellen reduziert, wovon 17,6 Stellen fremd finanziert sind.
- Als einmalig mögliche Massnahme wird 2003 die Betriebsreserve der Parkhäuser und Parkplätze in die Laufende Rechnung aufgelöst.
- Die Ablieferung der Städtischen Werke erreicht das zulässige Maximum.

Mit diesen Hauptmassnahmen und einer grossen Zahl von weiteren Einsparungen quer durch die ganze Verwaltung gelang es, das Budget 2003 auszugleichen.

Der Stadtrat hat auch geprüft, den Steuerfuss bei 124 Prozent zu belassen, statt ihn auf das kantonale Maximum von derzeit 122 Prozent zu senken. In Würdigung, dass damit ein negatives Zeichen für die Stadtentwicklung gesetzt worden wäre, wurde diese Massnahme indessen verworfen.

### ***Vorbereitung struktureller Sparmassnahmen***

Um den Haushalt nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen, sind strukturelle Massnahmen unabdingbar. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, bis zum Frühling 2003

- eine Auslegeordnung sämtlicher Aufgaben, verbunden mit deren Ausgaben und Einnahmen vorzunehmen,
- die Abläufe im Hinblick auf Sparpotenziale zu durchleuchten,
- zu überprüfen, ob sämtliche Leistungen im bisherigen Qualitätsstandard erbracht werden müssen,
- die Einnahmeseite zu optimieren.

Ziel dieses Projektes ist eine mittelfristige, nachhaltige Stabilisierung des Haushalts. Langfristig wird indessen nur eine erfolgreiche Stadtentwicklung dieses Ergebnis erzeugen können.

## **DIE VERÄNDERUNGEN IM ÜBERBLICK**

---

### **Veränderungen in der Laufenden Rechnung**

Die Veränderungen in der Laufenden Rechnung werden vor allem durch folgende Faktoren dominiert:

- Reduktion des Steuerfussausgleichs (Fr. 5 Mio.)
- Entnahme aus der Betriebsreserve Parkhäuser und Parkplätze (Fr. 6,1 Mio.)
- Verzicht sowohl auf die Erfahrungsstufe wie auch auf den Leistungsanteil (Fr. 4,2 Mio.)
- Reduktion des städtischen Anteils an den Lehrerbessoldungen der Volksschule (ca. Fr. 900'000)
- Einstellung von Fr. 1 Mio. als Amortisation eines erwarteten Bilanzfehlbetrags auf den 31. Dezember 2002.
- Überarbeitung des Voranschlags in den Departementen (ca. Fr. 4,8 Mio.).

Mit diesen Massnahmen ist es möglich, für das Jahr 2003 einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren.

### **Die Veränderungen im Einzelnen**

Die Verhandlungen mit dem Kanton Zürich ergaben, dass die im Antrag eingestellten 48 Millionen Franken als Steuerfussausgleich nicht akzeptiert werden; der Finanzausgleich musste deshalb auf 43 Millionen Franken reduziert werden.

Ausserdem wird vom Kanton Zürich erwartet, dass bereits 2003 ein Betrag für die Amortisation des erwarteten Bilanzfehlbetrags in den Voranschlag eingestellt wird.

Um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets zu erreichen, musste deshalb zu schmerzlichen Kürzungen gegriffen werden. Während durch die ganze Stadtverwaltung Kosten gekürzt und Erträge optimiert wurden, hat sich der Stadtrat zusätzlich zu folgenden Massnahmen im Personalbereich entschlossen:

- Auf die mit der neuen, auf 1. Juli 2002 in Kraft getretenen Lohnordnung BEREWI vorgesehenen Lohnerhöhungen gemäss § 47 Personalstatut (PST) wird im Voranschlagsjahr verzichtet. Gemäss § 46 Abs. 2 PST kann der Stadtrat ausnahmsweise in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt dem Parlament beantragen, die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsstufen) gemäss § 47 Abs. 1 PST auszusetzen (Fr. 3 Mio.) und auf eine Quote für Leistungsanteile gemäss § 47 Abs. 2 und 3 PST zu verzichten (Fr. 1.2 Mio.). Diese Massnahmen, über deren personalpolitische Brisanz sich der Stadtrat bewusst ist, sind der Personalkommission kommuniziert worden.
- Beim Teuerungsausgleich hat der Stadtrat den Ausgleich auf 0,6 Punkte (0,59 %) fixiert; damit wird die Teuerung bis zum Stand von 102,4 Punkten des Zürcher Indexes ausgeglichen. Massgebend für die Berechnung der Teuerung ist der Zürcher Index im November des Vorjahres. Letztmals wurde die Teuerung per 1. Januar 2002 bis zum Stand von 101,8 Punkten ausgeglichen. Im Oktober 2002 erreichte der Zürcher Index einen Stand von 102,7 Punkten (+0,9 Punkte); im September 2002 hatte er noch 102,3 Punkte betragen. Gemäss § 55 Abs. 1 PST kann der Stadtrat ausnahmsweise in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt dem Parlament beantragen, auf den vollen Teuerungsausgleich zu verzichten (Fr. 1.2 Mio.).
- Die vom Stadtrat mit dem Antrag vom 25. September 2002 vorgeschlagenen Zusatzstufen an langjährige Mitarbeitende (mit 10 und mehr Dienstjahren) werden gestrichen (Fr. 150'000). Die zwei Schritte zur definitiven Überführung des Polizeikorps in die der Funktion entsprechende Stufe werden erstreckt und je auf 1. Januar 2003 und 2004 vollzogen (Fr. 91'000).
- Nicht berührt durch diese Massnahmen wird der in der Vorlage BEREWI vom Grossen Gemeinderat beschlossene zweite Schritt zur definitiven Heranführung der restlichen absoluten AufholerInnen in ihre Funktionsstufe, der sich jedoch nur marginal auswirkt.
- Die Liste der Stellenplanveränderungen mit ursprünglich 60 neuen Stellen wurde gründlich überprüft und bereinigt: so wurden insbesondere nicht aufzuführende Lehrstellen gestrichen und weitere Korrekturen vorgenommen. Ebenso wurden zahlreiche beantragte Stellen aus Spargründen wieder gestrichen. Neu verbleiben noch 38,7 neue Stellen; davon sind 17,6 Stellen ganz oder teilweise fremd finanziert, so dass total rund 21 neue Stellen den Voranschlag effektiv belasten.

Mit diesen teils sehr einschneidenden Massnahmen konnte ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden, wobei der kleine fehlende Rest der Pauschalkorrektur des Sachaufwands belastet worden ist.

**Die vorgeschlagene Massnahmen verbessern das Ergebnis der Laufenden Rechnung insgesamt um rund Fr. 9.8 Mio. und ergeben nun ein ausgeglichenes Ergebnis.**

### **Veränderungen in der Investitionsrechnung**

In der Investitionsrechnung wird auf die nachfolgenden Details verwiesen. Die Änderungen sind hoch, wobei viele verschobene Projekte bei den Schulbauten einen gewissen Schwerpunkt bilden.

#### **Die Programme belaufen sich neu beim**

- **Allgemeinen Verwaltungsvermögen auf netto Fr. 62,081 Mio.**
- **Verwaltungsvermögen der Städtischen Betriebe auf Fr. 60,518 Mio.**
- **Finanzvermögen auf Fr. 7,689 Mio.**

Die wesentlichen Korrekturen werden im Folgenden kurz dargestellt:

## LAUFENDE RECHNUNG

---

### KULTURELLES UND DIENSTE

**Informatikdienste:** Der Voranschlag verändert sich durch die Verlängerung von PC-Mietverträgen, Projektverschiebung wegen Abhängigkeit Kanton, Verminderung Dienstleistungen Dritter.

**Personalamt:** Für die Einsprachenerledigung BEREWI müssen temporär 1,5 Stellen geschaffen werden.

**Museen und Sammlungen:** Auf diverse Sanierungsmassnahmen bei Hochbauten wird verzichtet.

**Kulturförderung, Kunst- und Kulturpflege:** Verzicht auf Anschaffungen und Renovationen.

**Winterthurer Bibliotheken:** Interne Verrechnungen werden korrigiert.

**Stadtammänner und Betreibungsbeamte:** Durch das Anwachsen der Fälle müssen 2 neue Stellen geschaffen werden; auf eine dritte Stelle wird aus Spargründen verzichtet.

**Departementssekretariat:** Streichung einer Doppelbudgetierung.

### FINANZEN

**Finanzamt:** Der Druck von Budget und Rechnung konnte optimiert werden.

**Liegenschaftenverwaltung/Einquartierungen:** Im Rebbau wird die Betriebsreserve angepasst. Ausserdem wird eine Sachbearbeitungsstelle gestrichen.

**Finanzausgleich:** Die Rücknahme des Steuerfussausgleichs um Fr. 5 Mio. fällt besonders stark ins Gewicht.

**Sammelkonten:** Die Streichung der Erfahrungsstufe (Fr. 3 Mio.) die teilweise Rücknahme der Teuerung (Fr. 1.2 Mio.) sowie der Verzicht auf die Leistungsquote (Fr. 1.2 Mio) werden hier pauschal eingestellt. Ausserdem ist für die Amortisation des erwarteten Bilanzfehlbetrags eine Abschreibung von Fr. 1 Mio. ebenfalls hier vorgesehen.

### BAU

**Feuerpolizei:** Der Zuwachs bei der Aufzugskontrolle wird von 2.5 Stellen auf 1.5 Stellen reduziert (Fr. 35'000).

**Strasseninspektorat:** Es wird weniger baulicher Unterhalt bei kommunalen Strassen vorgesehen (Fr. 150'000).

**Vermessungsamt:** Die Wiederbesetzung einer Geomatikingenieur-Stelle wird verschoben (Fr.100'000).

### SICHERHEIT UND UMWELT

**Stadtpolizei:** Die Polizeischule wird auf den September 2003 verschoben.

**Parkhäuser und Parkplätze:** Die Betriebsreserve, welche Ende 2003 das Mehrfache eines Jahresumsatzes des Betriebs aufweist und mit Fr. 6.15 Mio veranschlagt wird, wird zur Sanierung der Jahresrechnung herbeigezogen und die budgetierten, in den vergangenen Jahren kumulierten Ertragsüberschüsse in die Laufende Rechnung übertragen.

**Gesundheitsamt:** Der definitive Beitrag ans Kantonsspital fällt geringfügig höher aus.

**Arbeitsamt:** Es werden leicht höhere Einnahmen erwartet.

## SCHULE UND SPORT

**Schulbehörden:** Hier müssen Mehrkosten für zusätzliche Mitarbeiterbeurteilungen (Lehrkräfte) aufgenommen werden. Ausserdem sind Mehrkosten für die Evaluation der Schulsozialarbeit zu erwarten.

**Zentrale Dienste und Schulbauten:** Der Beitrag an die Musikschule Prova muss erhöht werden. Die Informatik-Kosten können infolge Verlängerung der PC-Mietverträge während eines Jahres reduziert werden.

**Kindergarten und Horte:** Die Unterhaltskosten zwischen Kindergarten, Horten, Primarschule und Oberstufe wurden kostenneutral angepasst nach der Prioritätenliste der Schulpflegen.

**Primarschule:** Die Einführung der Blockzeiten in Wülflingen und Seen führt zu Mehrkosten. Diese werden jedoch durch die Anpassung der Entschädigung an den Kanton für die Lehrerlöhne und einen erhöhten Staatsbeitrag bei weitem kompensiert.

**Oberstufe:** Diese Nachträge entsprechen jenen der Primarschule.

**Metallarbeiterschule:** Der Stufenanstieg wurde analog dem Vorgehen des Kantons eliminiert.

## SOZIALES

Die Informatik-Kosten können infolge Verlängerung der PC-Mietverträge während eines Jahres reduziert werden.

**Vormundschaftsamt:** Da die Fallzahlen im gesetzlichen Betreuungsdienst nicht im Umfang ansteigen wie bei der Budgeterstellung erwartet, wird auf den Ausbau um drei Stellen verzichtet.

**Sozialamt:** Das Sozialamt übernimmt die Aids-Infostelle vom Gesundheitsamt. Auf eine geplante Sachbearbeitungsstelle wird verzichtet. Bei steigenden Sozialausgaben gemäss aktueller Wirtschaftslage sind auch höhere Staatsbeiträge zu erwarten.

**Alter und Pflege:** Im Rahmen der Umsetzung der Altersplanung 2010 soll eine Tagesstätte für Demente realisiert werden. Im Zentrum Adlergarten fallen die Boni der Pharmafirmen auf den Medikamenten aufgrund einer neuen Marktordnung weg. Bei der Spitex wird auf die Stellenvermehrung verzichtet, obwohl im Stadtkreis Seen mit einem Zuwachs des Bedarfs zu rechnen ist.

## TECHNISCHE BETRIEBE

**Departementssekretariat:** Der Aufwand für die Aufrechterhaltung des Busbetriebs an Baustellen kann reduziert werden.

**Städtische Werke:** Die Städtischen Werke erhöhen die Ablieferung um Fr. 0.5 Mio auf den gemäss Reglement höchstmöglichen Betrag von Fr. 8.5 Mio.

Mit Ausnahme der Aufwandreduktion in der Institution Öffentliche Beleuchtung haben die übrigen Veränderungen keinen Einfluss auf das Ergebnis der Stadt Winterthur.

## INVESTITIONSRECHNUNG

---

### ALLGEMEINES VERWALTUNGSVERMÖGEN

**Liegenschaftenverwaltung:** Der Dachgeschossausbau Technikumstrasse 81 wird, da Wunschbedarf, auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Gesamtkosten für die Aussenrenovierung des Stadthauses wurden angepasst.

**Tiefbau:** Das Strassenbauprogramm hat wie jedes Jahr eine grössere Anpassung erfahren; die Änderungen sind auf die aktuellen Zustände und Dringlichkeiten sowie Planungsstände zurückzuführen.

**Kindergarten/Horte:** Verschiedene Sanierungsprojekte wurden um ein Jahr hinausgeschoben.

**Primarschule/Oberstufe:** Auch hier wurden verschiedene Projekte dem aktuellen Stand angepasst und zum Teil hinausgeschoben. Für neue Ausgaben sorgt die Aufnahme von Schulraumprovisorien in Iberg/Gotzenwil/Weierhöhe.

**Sport:** Das Restaurant im Hallenbad muss schon 2003 renoviert werden. Ausserdem wurde der Übertrag von Finanzliegenschaften ins Verwaltungsvermögen im Deutweg neu ins Programm aufgenommen.

**Soziales:** Der Ersatz der Liftanlagen im Altersheim Rosental wird fühlbar teurer als bislang angenommen.

#### VERWALTUNGSVERMÖGEN DER STÄDTISCHEN BETRIEBE

**Städtische Werke:** Die Übernahme der Sulzer-Stromversorgung wird als Verpflichtungskredit ausgewiesen und angepasst.

**Departementssekretariat:** Es werden Studien zur Verbesserung der Bahnerschliessung von Winterthur in Auftrag gegeben.

#### FINANZVERMÖGEN

Die Stadt wird sich an Kosten für die Erschliessung von Grundstücken Im Bol beteiligen müssen; ausserdem wird die Liegenschaft Wülflingerstrasse 239 für die Anforderungen des Stadtammann- und Betreibungsamtes Kreis 4 angepasst.

*Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departementes Finanzen übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern.*

Vor dem Stadtrat

Der Vizepräsident:  
Stahel

Der Stadtschreiber:  
Frauenfelder

**Beilagen:**

- Budgetänderungen Laufende Rechnung
- Budgetänderungen Investitionsrechnung
- Übersicht über die Stellenplanveränderungen